

# WAHLPRÜFSTEINE ZUR KOMMUNALWAHL 2019

## Seniorenpolitische Forderungen

Vorbemerkungen

1. Stärkung der Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren am gesellschaftlichen Leben
2. Reduzierung der Altersarmut
3. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
4. Abbau von Barrieren und Maßnahmen zur Steigerung der Mobilität
5. Maßnahmen Gesundheit, Pflege und Prävention
6. Bildung und Kultur für ältere Menschen
7. Reduzierung der Vereinsamung
8. Maßnahmen gegen die Altersdiskriminierung
9. Darstellung eines positiven Altersbildes in der Öffentlichkeit und in den Medien
10. Altenhilfestrukturen

Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V.  
Widderstraße 1  
39118 Magdeburg  
Tel.: 0178 5456731

## **Vorbemerkungen**

Die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung erfordert die Einbeziehung und Aktivierung aller Alters- und Bevölkerungsgruppen, um die anstehenden Ziele der Landesentwicklung gemeinsam zu erreichen.

Die Bevölkerungsgruppe Ältere verfügt über große Lebens- und Arbeitserfahrungen, die sie in diesen Entwicklungsprozess einbringen können und wollen, wenn die dazu erforderlichen Strukturen für die Vertretung und Beratung sowie erforderliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.

Ältere Menschen sehen sich in der Verantwortung, etwas Sinnvolles für die Gesellschaft zu tun, eigenes Wissen weiterzugeben und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dazu wurden in den Landkreisen und kreisfreien Städten Seniorenvertretungen berufen, als unabhängige, ehrenamtliche Gremien, welcher das Ziel haben, die aktive Mitgestaltung und die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Bürgerinnen und Bürger zu stärken und zu sichern. Sie stellen Verbindungen zu verantwortlichen Stellen her und sollten in die Prozesse und Entscheidungen der Kommune eingebunden werden.

Ältere sind meist bereit und tun es in vielen Situationen der jüngeren Generation zu helfen, oftmals bedarf es nur erforderlicher Rahmenbedingungen.

Gemeinsam und besonders durch Ältere sind folgende politische Ziele in der gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Ebenen umzusetzen:

### **1. Stärkung der Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren am gesellschaftlichen Leben**

Die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe im Alter verlangt ein Mitspracherecht aller Bürgerinnen und Bürger bei der Ausgestaltung der dafür nötigen institutionellen Rahmenbedingungen. Entscheidungen über die Bedeutung und die Ausgestaltung der Daseinsvorsorgebereiche sind deshalb in einem demokratisch zu legitimierenden Willensprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung zu treffen. Kommunen, Wirtschaftsunternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger wirken in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge nebeneinander (z. B. bei der Gesundheitsversorgung, der Pflege oder der Mobilität), im Idealfall miteinander.

## 2. Vorbeugende Maßnahmen zur Reduzierung der Altersarmut

Aufgrund ihrer verfassungsgemäßen Zuständigkeit für die örtliche Daseinsvorsorge, die durchaus als kommunale Pflichtaufgabe angesehen werden kann, sind die Kommunen in besonderer Weise dazu aufgerufen, die Herausforderungen des demografischen Wandels als kommunale Gestaltungsaufgabe wahrzunehmen.

Dessen wesentliches Strukturmerkmal ist das rasch wachsende Altern der Gesellschaft, das zugleich durch – allerdings noch moderat steigende – (Einkommens-) Armutsquoten überlagert wird.

Damit stellt sich für die Kommunen eine mehrdimensionale Gestaltungsaufgabe: den demografischen Wandel als allgemeines und vor allem das Altern der Wohnbevölkerung als sozialpolitisches Anliegen zu konzeptualisieren.

Zugleich gilt es, die sich besonders auf örtlicher Ebene manifestierende weitere Vertiefung sozialer und ökonomischer Ungleichheiten im Alter aktiv zu bekämpfen.

Ermäßigungen für Ältere und sozial schwache Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Besonders in den Bereichen öffentliche Verkehrsmittel, Bildung und Kultur. Zum Beispiel, Vergabe von nichtverkauften Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen 1 Std. vor Beginn an sozial Schwache, Ältere, Studierende, Jugendliche gegen Ausweis kostenlos oder erheblich reduziert – Ziel sollte die Vermeidung von freien Plätzen sein, z.B. wie in Wien.

## 3. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Das Bürgerschaftliche Engagement ist notwendig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und sinngemäß für die Einzelne und den Einzelnen. Der **sollte sich hierbei als Unterstützer verstehen** und sich der Verantwortung für die Schaffung notwendiger **Rahmenbedingungen** nicht entziehen. Dabei steht die Ermutigung zur Teilhabe gerade älterer Menschen, deren Erfahrungswissen von unschätzbarem Wert für das Land ist, im Vordergrund.

Welche Möglichkeit sehen Sie die Forderung nach einer einheitlichen Gestaltung der Erstattung der Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit als Pflichterstattung?

Aufbau nachhaltiger Strukturen und Rahmenbedingungen (z.B. Förderung des Ausbaus von Netzwerken für Ältere gemeinsam mit Jüngeren) zur **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** von Älteren gemeinsam mit Jüngeren fördern. Zum Beispiel Zahlung von Aufwandsentschädigungen, öffentliche Anerkennung, verstärkte Förderung von Projekten.

#### 4. Abbau von Barrieren und Maßnahmen zur Steigerung der Mobilität

Verkehrspolitische Vorhaben zum weiteren **Abbau von Barrieren** und zur **Steigerung der Mobilität** älterer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in einem sicheren Verkehrsraum sind voran zu treiben und weiter auszubauen. Damit sie in Ihrer vertrauten Wohnumgebung verbleiben können, reicht es nicht aus, wenn sie nur über eine altersgerechte Wohnung verfügen.

Wenn das Wohnumfeld erhebliche Barrieren hat und über keine entsprechende Infrastruktur verfügt, kann der Verbleib in der vertrauten Wohnung gefährdet sein. Wohnen sie z. B. in Hanglage, kann es für sie im Alter sehr beschwerlich werden, die täglichen Besorgungen zu erledigen. Wohnen am Stadtrand, fehlt es häufig an entsprechenden Einkaufsmöglichkeiten. Große Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ sind für sie auch kein Ersatz, wenn sie, z. B. durch gesundheitliche Einschränkung, nicht mehr Auto fahren können. Sie sollten daher genau prüfen, ob das Wohnumfeld den Anforderungen einer altersgerechten Wohnstruktur entspricht. **Stärkung der Quartiersbildung** in den Stadtteilen.

#### 5. Maßnahmen Gesundheit, Pflege und Prävention

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. **Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollen bedarfsgerecht in guter Qualität**, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

Was wollen Sie konkret auf kommunaler Ebene tun, dass ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?

Die Krankenkassenbeiträge der Arbeitnehmer steigen stetig, die der Arbeitgeber sind eingefroren worden. Der Ruf nach paritätischen Krankenkassenbeiträgen wird immer lauter. Wie steht Ihre Partei dazu?

Pflege- und Alteneinrichtungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil in der Pflegeversorgung. Sie sind aber sehr unterschiedlich aufgestellt. Was werden Sie unternehmen, damit in der Kommune einheitliche Standards bei der finanziellen und personellen Ausstattung festgelegt werden?

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass Unterschiede aufgehoben werden?

## 6. Bildung und Kultur für ältere Menschen

Jüngere und besonders Ältere haben ein **Recht auf Bildung** und sind verstärkt zu motivieren um sich weiterzubilden, damit sie aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung gleichberechtigt gemeinsam mit Jüngeren mitwirken – teilhaben. Die allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung (politische, kulturelle, informationstechnische, technische, soziale Gesundheitsbildung u.a.) an Hochschulen ist verstärkt zu fördern und zu unterstützen und als hoheitliche Aufgabe anzuerkennen. Weitere kontinuierliche Förderung der kulturellen Maßnahmen, wie Musik am Nachmittag, Konzerte in den Alten- und Pflegeheimen u.a..

## 7. Reduzierung der Vereinsamung

In Deutschland fühlt sich jeder dritte Mensch einsam, alleingelassen und ungeliebt. Eine erschreckende Zahl.

Einsamkeit tut weh und zwar mehr als so manche körperliche Krankheit. Viel schlimmer noch, Einsamkeit macht körperlich krank. Menschen, die unter Einsamkeit leiden, weisen gleichzeitig eine große Anhäufung an körperlichen Beschwerden auf. Einsamkeit ist eine individuelle Erfahrung. Einerseits zeigt sie uns, dass das Zusammensein mit anderen etwas unvergleichlich Schönes ist. Dennoch kann auch das Alleinsein positiv sein und so wechselt sich das Alleinsein mit dem Zusammensein - wir müssen nur lernen, alle Seiten lieben zu lernen.

Maßnahmen zur **Reduzierung der Vereinsamung** durch:

- Stabile Förderung der Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs in der Stadt
- Einladung zu Bildungs- und Kulturveranstaltungen, besonders ohne bzw. reduzierten Eintritt
- Nachbarschaftshilfe Jüngere und Ältere
- Einrichtung von Besuchsdiensten
- Nachbarschaftshilfen
- Mitnehmen zu öffentlichen eintrittsfreien Veranstaltungen

- Nutzung und Bekanntmachung der Angebote für Begegnungszentren

## **8. Maßnahmen gegen die Altersdiskriminierung**

Während über ältere Personen oft gesagt wird, dass sie besonderen Respekt genießen, ist die Realität, dass zu viele Gesellschaften sie einschränken und ihnen den Zugang zu Arbeitsplätzen, Darlehen und Basisdienstleistungen verweigern. Die Ausgrenzung und Abwertung älterer Menschen fordert einen hohen Tribut. Sie untergräbt ihre Produktivität und Erfahrung in der Arbeitswelt, bei der Freiwilligenarbeit und im bürgerlichen Engagement, während ihre Fähigkeiten eingeschränkt werden, Familien und Gemeinden weiter zu unterstützen. Altersdiskriminierung überschneidet sich häufig mit anderen Formen der Diskriminierung, die aufgrund von Geschlecht, Rasse, Beeinträchtigungen und anderen Gründen entstehen und die Auswirkungen zusätzlich verschärfen.

Altersdiskriminierung zu beenden und die Menschenrechte älterer Personen zu schützen, ist eine ethische und praktische Notwendigkeit. Altersdiskriminierung in all ihren Formen erfordert Maßnahmen, um diese Verletzung der Menschenrechte zu verhindern. Gleichzeitig müssen wir danach streben, die Gesellschaft für Menschen aller Altersgruppen zu verbessern. Dies erfordert eine andere Art und Weise, wie ältere Menschen dargestellt und wahrgenommen werden. Sie sollten nicht als Belastung gesehen werden, sondern wegen ihrer positiven Beiträge für unsere menschliche Gemeinschaft geschätzt werden.

Forderung bei der Gleichstellung von älteren Menschen, um Altersdiskriminierung in Form von diskriminierender Politik, Gesetzen und Behandlung entgegenzuwirken. Die politischen Entscheidungsträger werden aufgefordert, bessere Daten und Statistiken über die Gesundheit älterer Menschen, ihren wirtschaftlichen Status und das allgemeine Wohlbefinden zu sammeln, um ihre Bedenken einfacher beseitigen zu können. Und ich hoffe, dass wir alle über unsere Voreingenommenheit nachdenken und überlegen, wie wir als Individuen Altersdiskriminierung begegnen können.

## 9. Darstellung eines positiven Altersbildes in der Öffentlichkeit und in den Medien

In der **Öffentlichkeitsarbeit** und in den Medien ist verstärkt ein **positives Altersbild** anstelle des noch defizitären Altersbild zu verbreiten. Dazu sind Praxis guter Beispiele, Informationen über Veranstaltungen, Aktivitäten, Beratungs- und Dienstleistungsangebote aus der Seniorenwirtschaft und -politik im Sinne eines breiten Serviceangebots für die älteren Menschen dringend erforderlich. Die Darstellung von seniorenpolitisch relevanten Aktivitäten auf Kommunalebene ist als Informationsplattform für Bürgerinnen und Bürger auszubauen und zu fördern.

## 10. Altenhilfestrukturen

„Altenhilfestrukturen“ müssen gefördert, ausgebaut und verstetigt werden. Auf die gesellschaftlichen Veränderungen ist die Altenhilfe noch nicht ausreichend vorbereitet. Damit sich das ändert, brauchen wir mehr Beratung und begleitende Unterstützung für die hilfebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen sowie eine bessere Kooperation und Vernetzung der vorhandenen Hilfeangebote.

Ein Großteil der dann erforderlichen Unterstützungsleistungen wird nach wie vor von den Familienangehörigen erbracht. Die Alterung der Gesellschaft, kleinere Familien, beruflich bedingte Mobilität und die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen lassen jedoch erwarten, dass dieses Potential für Hilfe und Pflege in Zukunft nicht in gleichem Umfange wie bisher zur Verfügung stehen wird.